

SAAR vorwärts

INFORMATIONEN DER SAAR-SPD



Halbzeitbilanz der saarländischen Landesregierung

VERLÄSSLICH FÜR DAS SAARLAND

Dem Saarland bläst der Wind kräftig ins Gesicht. Die letzten Jahre waren geprägt von Krisen: Corona und die Folgen, Angriffskrieg in der Ukraine, das Ausbleiben russischer Gaslieferungen, Energiepreiskrise, Inflation, Terror und Krieg im Nahen Osten. In dieser Zeit macht die SPD-Landesregierung verlässlich ihre Arbeit. Die Devise lautet: „Verlässlich für das Saarland“. Mit einer Politik, die für die Menschen gemacht ist, stehen wir für Fortschritt und Zuversicht. Die Umstände sind andere als zum Zeitpunkt unseres Wahlprogrammes. Und dennoch haben wir zur Halbzeit etwa drei Viertel aus dem SPD-Regierungsprogramm umgesetzt oder auf den Weg gebracht.

Verlässlich – für unsere Heimat: Sicherheit steht ganz oben auf der Agenda. Der Personalabbau bei der Polizei wurde nicht nur gestoppt, sondern umgekehrt. Mehr Polizistinnen und Polizisten sorgen in der Fläche für Sicherheit. Zusätzlich wurden die Arbeitsbedingungen mit Zulagen und besserer Ausstattung verbessert. Auch im Bereich Mobilität gab es deutliche Fortschritte: Das „Deutschlandticket“ entlastet Pendlerinnen und Pendler, und mit dem vergünstigten „Junge-Leute-Ticket“ sind Schülerinnen und

Schüler, Azubis und Freiwilligendienstleistende kostengünstig mobil. Der Ausbau des ÖPNV wird weiter vorangetrieben: Ab 2026 werden Bahnhöfe in Saarlouis, Saarbrücken, Homburg und Neunkirchen im 20-Minuten-Takt angefahren. Zudem wird der Radverkehr durch neue Radwege, Schutzstreifen und Abstellanlagen in den Kommunen gefördert.

Verlässlich – für gute Arbeitsplätze: Der saarländische Arbeitsmarkt steht im Fokus der Landesregierung. Mit neuen Investitionen bei Unternehmen wie Vetter, Fricke und Wolfsspeed sowie dem CISP-Ausbau entstehen zukunftssichere Arbeitsplätze in der Region. Der Transformationsfonds, mit einem Volumen von 3 Milliarden Euro, unterstützt die klimaneutrale Zukunft des Landes, insbesondere durch die Transformation der Stahlindustrie. Hier geht es nicht nur um den Klimaschutz, sondern auch um den Erhalt von Arbeitsplätzen. Daneben sorgt die Regierung durch das Bildungsfreistellungsgesetz dafür, dass Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer für die berufliche Weiterbildung freigestellt werden können – ein wichtiger Schritt, um die saarländische Arbeitswelt fit für die Zukunft zu machen.

Verlässlich – für unsere Kinder: Bildung hat im Saarland höchste Priorität. Bis 2027 werden alle Krippen- und Kita-Beiträge komplett abgeschafft. Die Landesregierung investiert nicht nur in den Ausbau von Kita-Plätzen, sondern auch in deren Qualität. Schulen werden umfassend saniert, neue Schulen entstehen, und mit dem neuen G9-Modell bekommen die Schülerinnen und Schüler wieder mehr Zeit zum Lernen und Leben. Der Weg zur Digitalisierung ist mit einem Tablet in jedem Schulranzen geebnet – das Saarland ist hier Vorreiter. Darüber hinaus sorgt die Regierung für eine stabile Lehrerschaft: 1.200 Lehrkräfte und 200 Sprachförderkräfte wurden bereits neu eingestellt. Die Lehrerbildung wurde durch den Bildungscampus reformiert und der Quereinstieg in den Beruf erleichtert.

Wir sanieren unsere Schulen im ganzen Saarland. Mit dem Schulbauprogramm in Höhe von über 200 Mio. Euro hat die SPD-Landesregierung das größte kommunale Förderprogramm in der Geschichte des Saarlandes aufgelegt. Unsere Kinder verdienen moderne Lernumgebungen und Orte, an denen sie sich wohlfühlen.

Meilenstein für die Mitbestimmung: DAS SAARLÄNDISCHE JUNGE-MENSCHEN- BEITEILIGUNGSGESETZ

Ein großer Schritt für die Jugend im Saarland: Der Landtag hat das Junge-Menschen-Beteiligungsgesetz verabschiedet und damit die politische Mitbestimmung von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen erstmals verbindlich geregelt.

„Politik für Kinder und Jugendliche machen, ohne sie einzubinden? Nicht mit uns!“ sagen die Landtagsabgeordneten Martina Holzner und Réka Klein, die maßgeblich an der Ausarbeitung des Gesetzes beteiligt waren. „Das Junge-Menschen-Beteiligungsgesetz macht den Weg frei für eine Politik, die inklusiv und offen für die Mitwirkung von Kindern und Jugendlichen ist.“

Mit dem Junge-Menschen-Beteiligungsgesetz wird die Kinder- und Jugendbeteiligung erstmals per Gesetz geregelt. Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene bis zur Vollendung des 27. Lebensjahres werden nun verbindlich sowohl auf Landes- als auch auf kommunaler Ebene beteiligt. Auf Landesebene bleibt das Jugendforum bestehen, und es wird ein Jugendcheck für Gesetze eingeführt, um sicherzustellen, dass die Belange der jungen Generation berücksichtigt werden.

Vor Ort legen die Kommunen fest, wie die Beteiligung aussieht – ob durch direkte, digitale oder andere Formen der Beteiligung. Eine neu geschaffene Fach- und Servicestelle Jugendbeteiligung wird die Kommunen bei der Umsetzung unterstützen, damit junge Menschen künftig deutlich mehr Mitbestimmungsmöglichkeiten erhalten – auch bei zukünftigen Gesetzen.



Die SPD-Landtagsabgeordneten Martina Holzner und Réka Klein

Und um junge Ideen zu fördern, wird ein Fonds für Jugendprojekte eingerichtet, für den bereits jeweils 20.000 Euro im Haushalt für die Jahre 2024 und 2025 hinterlegt sind.

Martina Holzner und Réka Klein: „So können wir eine starke Zukunft für alle schaffen und Politik nicht nur für, sondern auch mit jungen Menschen machen! So geht echte Jugendpolitik!“ Mit diesem Gesetz wird das UN-Kinderrecht „Recht auf Beteiligung“ umgesetzt und gesetzlich verankert.

Boris Pistorius besucht das Saarland

HAND IN HAND FÜR DIE SICHERHEIT IN UNSEREM LAND



Das Pfingsthochwasser im Saarland hat uns allen zuletzt schmerzlich gezeigt, wie wichtig die Stärkung des Katastrophenschutzes für unsere Heimat ist. An vielen Stellen in unserem Land wurde dank guter Zusammenarbeit der Feuerwehren, des THW, der Polizei, der Hilfsorganisationen und auch der Bundeswehr bereits in der Vergangenheit außergewöhnliches geleistet. Allen Helferinnen und Helfern gilt unser Dank.

Für einen Austausch über die künftige gute Zusammenarbeit aller Akteure im Katastrophenschutz hat der Saarländische Bundestagsabgeordnete Esra Limbacher zusammen mit Bundesverteidigungsminister Vertreterinnen und Vertreter saarländischer „Blaulichtorganisationen“ in das Feuerwehrgerätehaus geladen. In der Diskussion zusammen mit Innenminister Reinhold Jost und

dem Kommandeur des Landeskommandos Saarland der Bundeswehr Oberst Staab wurde untermauert: Auch in Zukunft gilt das Motto „Hand in Hand arbeiten wir gemeinsam für die Sicherheit in unserem Saarland!“ Die Herausforderungen durch Naturkatastrophen wie Hochwasser oder andere Großschadensereignisse erfordern ein reibungsloses Zusammenspiel aller Akteure, um den bestmöglichen Schutz für die Bevölkerung sicherzustellen. Boris Pistorius unterstrich dabei den besonderen Einsatz der Ehrenamtler im Saarland – in Krisenzeiten zeige sich besonders wie stark eine Gesellschaft zusammen halte und genau das haben die Saarländerinnen und Saarländer auf außergewöhnliche Art und Weise gezeigt.

NEUE PUBLIKATION BELEUCHTET 120 JAHRE SAAR-SPD

Zwischen Deutschland, Frankreich und Europa

Für die Autoren Reinhard Klimmt, Ministerpräsident a. D., und Rudi Strumm gab es bei der gut besuchten Buchvorstellung „120 Jahre Sozialdemokratie an der Saar“ am 07. Oktober in den Räumlichkeiten der Stiftung Demokratie Saarland (SDS) keinen Mangel an möglichen Themen der wechselhaften Parteigeschichte.

Moderiert von Prof. Dr. Bärbel Kuhn beschrieben die Autoren wichtige Schlüsselmomente, wie die mutige, wenn auch am Ende erfolglose Entscheidung des damaligen Vorsitzenden Max Braun, das Saargebiet nicht länger mit dem Deutschen Reich unter Hitler vereinen zu wollen.



Foto: @SDS

Die umfangreiche Publikation, die die Ereignisse von der Gründung bis zum Wahlsieg von Ministerpräsidentin Anke Rehlinger untersucht, ist unter folgenden Angaben erhältlich:

„120 Jahre Sozialdemokratie an der Saar. Essai“
Reinhard Klimmt/ Rudi Strumm
Schriftenreihe „Geschichte, Politik und Gesellschaft“ der SDS (Band 18)
433 Seiten, Hardcover
ISBN 978-3-96197-166-4 | 39€

Reinhard Klimmt/Rudi Strumm

120 Jahre Sozialdemokratie an der Saar

Essai



Geschichte, Politik & Gesellschaft | Band 18
Schriftenreihe der Stiftung Demokratie Saarland

Naumann Beck | Verlag für kluge Texte

„GEMEINSAM FÜR EIN STARKES EUROPA“ MUSS AUCH VIER MONATE NACH DER EUROPAWAHL GELTEN!

ein Beitrag von Christian Petry



„Gemeinsam für ein starkes Europa“ – so lautete der Titel unseres Wahlprogramms zur Europawahl 2024. Gut vier Monate sind seit der Wahl vergangen, die ein gemischtes Bild von Europa gezeichnet hat. Es lassen sich keine einheitlichen Trends bestimmen, da die Ergebnisse in den einzelnen Ländern zu unterschiedlich ausfallen. Die positive Nachricht ist: Trotz leichter Verluste bilden die demokratischen Parteien weiterhin die stabile Mitte Europas. Die negative Nachricht: Parteien am rechten Rand des politischen Spektrums haben deutliche Zugewinne verzeichnet, insbesondere in Deutschland, Frankreich und Italien. Doch: Eine rechte Mehrheit im Parlament gibt es nur, wenn Konservative und Liberale mit den Rechten zusammenarbeiten.

Von Beginn haben die europäischen Sozialdemokratinnen und -demokraten deshalb klar gemacht: Eine pro-europäische, konstruktive Mehrheit gibt es nur mit uns. Und wenn es mit uns gehen soll, dann nur ohne die Rechten. Mit

dieser Haltung wehren sich die Sozialdemokratinnen und -demokraten entschieden gegen jegliche Annäherung von Frau von der Leyen an rechte Parteien und stellen dabei inhaltliche Forderungen in den Vordergrund, die Europa vorbringen sollen. Denn die kommende Legislaturperiode wird entscheidend dafür sein, ob wir gemeinsam Lösungen für die drängendsten Herausforderungen Europas finden – darunter die wirtschaftliche Lage, die Klimakrise und die Migrationspolitik.

Ich bin fest davon überzeugt, dass Deutschland ein starkes Europa braucht – aber auch Europa ist auf ein starkes Deutschland angewiesen. Der Slogan „Gemeinsam für ein starkes Europa“ muss deshalb auch vier Monate nach der Europawahl gelten. Die aktuellen deutschen Diskussionen und Beschlüsse zur Ausweitung der Grenzkontrollen haben in Europa Besorgnis über die Errungenschaften des Schengen-Abkommens geweckt. Verständlich, denn solche Kontrollen können zu wirtschaftlichen Belastungen führen und langfristig die grenzüberschreitende Zusammenarbeit beeinträchtigen. Ich bin der Ansicht, dass das derzeitige Schengensystem zahlreiche intelligentere polizeiliche Maßnahmen bietet, um unsere hart erkämpften Freiheiten zu bewahren. Zudem muss die Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems schnellstmöglich umgesetzt werden.

SAAR
SPD

Echte SaarlandLiebe
gibt es jetzt auch
auf WhatsApp.

NEU

QR-Code einfach mit der
Smartphone-Kamera scannen
und unseren Kanal abonnieren.

ANZEIGE

SEI DABEI UND BRING DEINE IDEEN EIN!

MITREDEN.SP.DE

DIE DIALOGVERANSTALTUNGEN

02.11. HAMBURG

10.11. MAINZ

16.11. ESSEN

SAVE
THE DATE



SPD

Soziale
Politik für
Dich.

O-Ton

EIN ERNSTZUNEHMENDES SIGNAL



Foto: Fionn Grosse

Der jüngste Saarland-Trend zeigt, dass wir aktuell hinter der CDU liegen. Das ist ein Signal, das wir ernst nehmen müssen. Auch wenn diese Umfrage von bundespolitischen Erwägungen geprägt ist, wie dem Frust über die Ampel in Berlin. Zweieinhalb Jahre vor der nächsten Landtagswahl, ist für viele die saarländische Politik gerade nicht im Fokus.

Die Umfrage zeigt auch im Saarland eine stark verunsicherte Gesellschaft. Vor allem die Migrationspolitik bewegt gerade viele Menschen. Und damit muss es unser Thema sein.

Ich sage klar: Wer Hilfe braucht, der bekommt sie bei uns. Damit wir das schaffen, muss aber klar sein: Wer unsere Hilfe nicht braucht oder sogar missbraucht, der muss gehen (oder gegangen werden). Und die Bundesregierung begrenzt Zuwanderung bereits erfolgreich: Die Zahl der Asylgesuche ist dieses Jahr fast ein Drittel niedriger als letztes Jahr.

Aber was ist mit denen, die schon hier sind? Wir müssen Konkurrenzen vermeiden etwa an den Schulen oder beim bezahlbaren Wohnraum. Wir waren auch bei der Integration in den Arbeitsmarkt nicht ausreichend erfolgreich. Da sind Themen da – da müssen wir ran.

Verantwortliche Politik muss auf die Themen zufriedenstellende Antworten geben, die die Menschen bewegen. Im Unterschied zu den Populisten von AfD und BSW und der überdrehten Stimmungsmache der Merz-CDU müssen wir den Fokus auf machbare Lösungen legen. Denn das ist, was Populisten nicht können: Die Probleme wirklich lösen und sei es schrittweise.

Wir müssen Machen statt Motzen.

Zurück zum Saarland-Trend. Diese Umfrage ist für uns ein Auftrag, noch mehr im Gespräch zu sein. Noch härter an Lösungen für unser Land zu arbeiten. Zustimmung müssen wir jeden Tag aufs Neue erarbeiten – durch glaubwürdige, klare Antworten auf die Fragen, die die Menschen im Saarland bewegen.

Gut, dass die Bundes-SPD jetzt auch klare Akzente für unsere Wirtschaft und für Arbeitsplätze in Industrie und Mittelstand setzt. Das hilft.

Es ist unsere Aufgabe, das Vertrauen der Menschen bis 2027 (erneut) zu gewinnen, indem wir klar kommunizieren, was wir für das Saarland und seine Zukunft tun. Wir dürfen nicht vergessen: Jede und jeder Einzelne zählt. Mit Demut, Entschlossenheit und unser Vision von der Zukunft überzeugen wir die Saarländerinnen und Saarländer.

SERVICE

Hotline der Landesgeschäftsstelle:

Tel.: 0681 - 95 44 8 - 0
Fax: 0681 - 95 44 8 - 48
landesverband@spd-saar.de

Hotline Bereich West (Saarlouis und Merzig-Wadern):

Tel.: 06831 - 60 330
rgs-west@spd-saar.de

Hotline Bereich Ost (Neunkirchen, St. Wendel und Saarpfalz):

Tel.: 06821 - 23 414
rgs-ost@spd-saar.de

Hotline der Pressestelle:

0681 - 95 44 8 - 11
pressestelle@spd-saar.de

Hotline Kampagnenportal und Internet:

0681 - 95 44 8 - 22
marc.strauch@spd.de

Hotline der Mitgliederverwaltung und Beiträge:

0681 - 95 44 8 - 54
servicecenter.saar@spd.de

Hotline für Kassierer*innen:

0681 - 95 44 8 - 50
claudia.stein@spd.de

Hotline für das Redaktionssystem Typo3:

One4Vision
0681 - 96 727 60
info@14v.de

IMPRESSUM

Herausgeber:
SPD Landesverband Saar
Redaktion:
Patrick Kratz
pressestelle.saar@spd.de
Layout:
Marc Strauch
marc.strauch@spd.de
Anschrift:
SPD Saar
Talstraße 58
66119 Saarbrücken
Tel.: 0681/95 44 8-0
Fax: 0681/95 44 8-48
landesverband@spd-saar.de
www.spd-saar.de

Die Kolumne des Generalsekretärs

LIEBE GENOSSINNEN UND GENOSSEN,

wir alle spüren derzeit: Es geht um viel. Bundesweit kämpfen Menschen für unsere Demokratie und bei den Landtagswahlen in Sachsen und Thüringen sind mehrheitlich extremistische Kräfte gewählt worden. Die Feinde der Demokratie haben für alles einen Schuldigen, aber für nichts eine Lösung. Dem müssen und werden wir uns entschlossen entgegenstellen.

Viele Menschen haben derzeit ein Störgefühl gegenüber der Bundespolitik. Wir sollten uns jetzt auf die Stärken der SPD zurückzubedenken, um bundespolitisch Vertrauen wieder zurückzugewinnen. Das bedeutet auch unseren politischen Kompass der SPD wieder wahrnehmbar stärker auf die arbeitende Mitte dieses Landes zu richten. Die Stärke der SPD war es schon immer, vor Ort und nah bei den Menschen zu sein. Wir sind die Partei derer, die anpacken, die machen. Wir sind die Partei der arbeitenden Mitte.



Foto: Benny Dutka

Es geht um anständige Löhne und dass sich Arbeit immer lohnen muss. Es geht um eine gute Rente und Entlastungen für unsere Mittschicht. Dass die SPD es ist, die hier gute Vorschläge macht und diese auch umsetzt – darauf kommt es in den nächsten Monaten an!
Glück Auf!

Fuer

WIR TRAUERN UM HAJO HOFFMANN

Wir trauern um unser langjähriges Mitglied Hans-Joachim „Hajo“ Hoffmann.

„Mit großer Trauer und tiefem Respekt nimmt die Saar-SPD Abschied von Hajo Hoffmann“, erklärt die SPD-Landesvorsitzende Anke Rehlinger. „Hajo Hoffmann war eine prägende Persönlichkeit der saarländischen Politik und hat mit seiner Arbeit und seinen Überzeugungen viele Menschen inspiriert.“

Als Wirtschaftsminister hat er nicht



nur die saarländische Wirtschaftspolitik maßgeblich beeinflusst, sondern auch innovative Reformen angestoßen. Sein Engagement für soziale Gerechtigkeit, wirtschaftliche Entwicklung und Umweltbewusstsein bleibt unvergessen.

Unser Mitgefühl gilt in diesen schweren Stunden seiner Familie, seinen

Freunden und allen, die ihn gekannt und geschätzt haben. Wir werden Hajo Hoffmann ein ehrendes Andenken bewahren“, so Rehlinger.

Hajo Hoffmann war seit 1970 Mitglied der SPD und saß als direkt gewählter Abgeordneter für den Wahlkreis Saarbrücken von 1976 bis 1985 im Deutschen Bundestag. Gleichzeitig war er von 1977 bis 79 Mitglied des Europäischen Parlaments. Ab 1985 war er Wirtschaftsminister in der ersten saarländischen SPD-Landesregierung bevor er 1991 zum Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Saarbrücken gewählt wurde. Als solcher hat er sich mit Herzblut und Intelligenz für die Interessen seiner Stadt eingesetzt und ist dabei immer ein zugewandter, nahbarer Ansprechpartner für die Bürgerinnen und Bürger gewesen.

„Hajo Hoffmann hat die Landeshauptstadt wie kaum ein anderer geprägt“, ergänzt der Vorsitzende des SPD-Unterbezirks Saarbrücken-Stadt, Ulrich Commerçon. „Er wird uns als Berater, Visionär und Freund fehlen.“

„Hajos Leidenschaft für die Sache, gepaart mit seinem außergewöhnlichen feinen Humor kann uns Vorbild sein für den Umgang miteinander in schwierigen Zeiten. Sein politisches Vermächtnis bleibt vor allem die Saarbahn, mit der er bereits in den 90-er Jahren die Vision einer nachhaltigen Mobilitätspolitik in die Realität umgesetzt hat“, so Commerçon.

Hajo Hoffmann verstarb am 31. Juli. Er wurde 79 Jahre.